

# **aufstehen**

**DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG**

**Neoliberalismus überwinden –**

**Marktwirtschaft erneuern**

---

**Unsere Forderungen und  
Lösungsansätze für eine  
neue Politik in unserem Land!**

**-sozial-ökologisch-friedensorientiert-solidarisch-**

---

**Verabschiedet am 22. August 2021 auf dem**

**B  SIS KONGRESS**

---

**Der komplette Kongress auf Video**

<https://www.youtube.com/channel/UCOLAqpnlyUjnZI3Ss9AakVQ>

## Klima & Umwelt

Seit 40 Jahren warnen Wissenschaftler vor dem Klimawandel. Die Klimakonferenzen haben wenig gebracht; Hitze-, Kälte- und Regenperioden, Gletscher- und Arktisschmelze sind spürbare Zeichen des Klimawandels. CO<sup>2</sup>-Emissionen müssen schnell und effektiv reduziert werden, um den Klimawandel aufzuhalten.

### ECO (Earth Carbon Obligation)

Der ECO ist ein Instrument, bei dem CO<sup>2</sup>-Emissionen lückenlos erfasst, transparent abgebildet und gerecht abgerechnet werden. Jedes Produkt erhält ein separates Emissions-Preisschild in dieser Parallelwährung. Bezahlt wird mit dem persönlichen CO<sup>2</sup>-Budget, das allen Bürger\*innen monatlich und kostenlos in gleicher Höhe als ökologisches Grundeinkommen zur Verfügung steht.

### Solarfolie

Die Alternative zu Solarpanels: die Solarfolie von Heliatek und ASCA benötigt kein Lithium/Silizium, sondern wird ausschließlich aus organischen Stoffen (Oligomeren) hergestellt. Leicht und flexibel kann die Folie auf nahezu jedem Untergrund angebracht werden; zudem ist sie zu 100% recycelbar.

### Grüner Wasserstoff

Die Produktion von grünem Wasserstoff steigt langsam an. Der vorgestellte Wasserstoffmotor der Motorenfabrik Deutz kommt ohne Brennstoffzelle aus und verbrennt Wasserstoff; statt Abgasen entsteht Wasserdampf.

### Photovoltaik

Stand Juni 2021: Die Stromgesamtproduktion in Deutschland betrug 488 TWh (Terrawattstunden) im Jahr; 51 TWh steuerten die Photovoltaikanlagen bei. Das entspricht ca. 140 GWh (Gigawattstunden) pro Tag. Die CO<sup>2</sup> Emissionen pro Herstellung des reinen polykristallinen Siliziums aus Quarzsand und des verwendeten Glases auf den Paneelen betragen höchstens 6,5 kg pro Paneel (bzw. 250W). Bei einer 6kWp(=Peak) Anlage entspricht das etwa 250 kg an CO<sup>2</sup>-Emissionen, das entspricht dem, was ein Auto derzeit etwa auf 1.000 km an CO<sup>2</sup> ausstößt.

### E-Autos

Die E-Autos werden mit Lithiumbatterien betrieben, pro Auto benötigt man 22 kg Lithium. Der Abbau der benötigten Rohstoffe bewirkt eine starke Umweltbelastung. Speziell die Gewinnung von Lithium in den trockensten Ländern der Erde ist problematisch. Für eine Tonne Lithiumsalz benötigt man 2 Mio. Liter Wasser. Der Grundwasserspiegel sinkt, Flussläufe trocknen aus und Ackerflächen sind nicht mehr nutzbar. Die Bevölkerung wird ihrer Lebensgrundlage beraubt. E-Autos sind deshalb keine ökologisch sinnvolle Alternative zu herkömmlichen Verbrennern.

#### Wir fordern daher:

- Einführung der Kohlenstoff-Ressourcenwährung ECO (Earth Carbon Obligation)
- einen schnelleren Ausbau der Netze, vor allem intelligenter Netze
- Ausbau von Smart-Grid, um die zeitliche Schwankung der Verfügbarkeit grüner Energie zu managen
- verstärkter Einsatz von Solarfolien und Ausbau von Photovoltaikanlagen
- mehr Innovation für die Wasserstofftechnologie
- stärkere Förderung alternativer Treibstoffe aus Wasserstoff
- Ausstattung der E-Autos mit kleineren Batterien und Alternativen zu Lithium
- Forschung und Umsetzung erneuerbarer Energien konsequenter vorantreiben
- Förderung des öffentlichen Personenverkehrs statt der Automobilindustrie.

### Fracking

Die eingesetzten Chemikalien beim Fracking sind teils toxisch und kontaminieren Landflächen und Grundwasser. Sie sind gleichermaßen schädigend für Mensch und Umwelt. Pro Bohrung werden bis zu 25 Mio. Liter Wasser benötigt. Die Bundesregierung wird bis zum 31.12.2021 entscheiden, ob das derzeitige Fracking-Verbot aufgehoben wird.

#### Wir fordern daher:

- Fracking in Deutschland verbieten
- Frackinggas-Import stoppen
- Ausbau von Flüssigerdgas(LNG)-Terminals stoppen
- Abkehr von der Massenproduktion, dadurch Reduzierung von CO<sup>2</sup>
- massiver Ausbau der erneuerbaren Energien zur Gewährleistung der Energieversorgung.

## Tierwohl

Das Betäuben und Töten von Nutztieren muss tierwohlgerecht erfolgen. Es gibt ethisch vertretbare Alternativen.

### Wir fordern daher:

- Ersetzen der Betäubung mittels CO<sup>2</sup> durch Helium
- Abbau der hohen bürokratischen Hürden bzw. Anforderungen für Weideschuss-Tötung, um den Zugang zu dieser Methode zu erleichtern.

## Lebensmittelverschwendung / Foodsharing

842 Millionen Menschen leiden an Hunger, weltweit jeder 8. Mensch. 4 Mill. t Lebensmitteln werden weltweit jedes Jahr produziert. Über 1,3 Mill. t werden verschwendet, wodurch rd. 4,5 Mrd. t CO<sup>2</sup> unnötigerweise freigesetzt werden. In Deutschland wird ein Drittel aller Lebensmittel verschwendet.

Die Reduzierung der globalen Verschwendung um 80 % spart mehr als ein Fünftel der Treibhausgase ein.

Wir fühlen uns den nachhaltigen Umwelt- und Konsumzielen der Vereinten Nationen verpflichtet.

### Wir fordern daher:

- eine Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030
- eine klare Definition sowie eine Erfassungs- und Dokumentationspflicht von Lebensmittelverlusten: Für Forschung und zum Monitoring müssen die Daten transparent zur Verfügung stehen.
- einen Wegwerfstop: Die Regierung muss Supermärkte gesetzlich verpflichten, genießbare, aber unverkaufte Ware an soziale Organisationen zu spenden.
- Rechtssicherheit und Klarstellungen für die Lebensmittelretter\*innen/Foodsharer\*innen. Sie dürfen von Ämtern und Behörden nicht wie ein gewerbliches Lebensmittelunternehmen behandelt werden!
- Schluss mit der Symbolpolitik: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Mindesthaltbarkeits-(MHD) und Verbrauchsdatum für Verbraucher\*innen klar verständlich sind. Dafür sind Änderungen der Daten sowie wirksame Informationen notwendig.

## Bildung & Kultur

### Bildung

Viele Schulgebäude wurden in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt, was sich u.a. in Form von Schimmel an den Wänden, maroden Treppen, nicht funktionierenden Toiletten und fehlender Reinigung sowie aktuell in unzureichenden Corona-Maßnahmen bemerkbar macht.

Zu große Klassen verhindern eine effektive pädagogische Arbeit und führen zur Überlastung der Lehrkräfte. Der zunehmende Lehrkräftemangel hat den Ausfall von Unterrichtsstunden zur Folge und Vertretungsstunden können oft nicht fachgerecht besetzt werden. Die soziale Durchmischung der Schülerschaft als Voraussetzung für mehr Chancengleichheit hat weiter abgenommen. Eine einheitliche, bundesweite Bildungspolitik ist aufgrund des Kooperationsverbots bislang nicht möglich.

### Wir fordern daher:

- Wegfall des Kooperationsverbotes, einheitliche Kerncurricula für alle Bundesländer und Fächer, die den Ländern begrenzte Freiräume lassen
- mehr Lehrer\*innen und Erzieher\*innen mit verbesserter Ausbildung, speziell auch für die Inklusion; Deutschland braucht 100.000 Lehrkräfte und 200.000 Erzieher\*innen mehr
- elternfreundliche Öffnungszeiten der Kitas
- hygienisch einwandfreie Schulen
- Pandemievorsorge durch Partikelfilter und Glasfasernetze
- Ausstattung aller Schüler\*innen mit einem Laptop und Software für den Heimunterricht
- Ganztagsbetreuung sowie Nachhilfe in den Hauptfächern für alle Schulen
- kostenloses Schulesen
- Abschaffung des Elterngelds und Zahlung eines einmaligen Zuschlags zum Kindergeld für jedes Kind zum Schuljahresbeginn für Schulmaterial in Höhe von 30 € bzw. 50 € ab Klasse 7
- keine Rückzahlung von BAföG
- Kitas: Erzieher\*innen betreuen maximal 8 Kinder ab drei und maximal 4 Kinder bis drei Jahre.

### Kultur

Kultur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Durch die häufig gering vergüteten Arbeitsverhältnisse der Künstler können keine Rücklagen gebildet werden. Jede Krise führt zu ihrer Existenzbedrohung.

### Wir fordern daher:

- Verträge dürfen nicht sachgrundlos befristet werden; Leistungen müssen angemessen vergütet, d.h. in vielen Fällen erheblich erhöht werden

- Eintrittspreise müssen für alle erschwinglich sein
- Privatisierung von Kultureinrichtungen muss gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden
- hoher Anteil der Projektförderung muss bestehen bleiben
- Finanzierung soll z.B. gesichert werden durch Einsparung bei Rüstungsausgaben, die auf Heimatschutz zu beschränken sind, und durch Besteuerung von Vermögenden.

## Demokratie & Lobbyismus

### Erosion der Demokratie

Die Verflechtungen u.a. von Geheimdiensten, Internet- und Pharmakonzernen führen zu einer vereinheitlichten Front gegenüber den Staatsbürger\*innen, die zu wehrlosen Objekten gemacht werden. Dringend erforderlich ist eine unabhängige Presse, um die breite Öffentlichkeit über Skandale wie Vetternwirtschaft, Korruption etc. zu informieren.

#### Wir fordern daher:

- für den Medienbetrieb: Offenlegung der Verflechtungen in Medienkonzernen und Rundfunkräten
- mehr Sendezeit für Bürgerbewegungen und Basisaktivitäten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten
- an den Schulen: Aufklärung über Medien und die Funktionsweise von Medien, Medienkompetenz erhöhen, kritische Textanalyse
- keine Umfunktionalisierung der Landesmedienanstalten zu Zensurgremien, bereits erfolgte Schritte rückgängig machen
- keine Finanzierung aus Steuergeldern für öffentlichkeitsferne "Fakten-Checker" (z.B. das COMPAKT-Netzwerk).

### Demokratie zwischen Rechts- und Unrechtsstaat im Ost-West-Vergleich

Der Erfahrungsvorsprung, den die Ostdeutschen der mittleren und älteren Generationen durch ihr Leben in zwei Gesellschaftssystemen haben, ist bislang nur unzureichend kommuniziert worden. Die Kommunikation über das jeweilige Demokratieverständnis ist vor allem unter folgenden Aspekten voranzutreiben: Erfahrungen und Konzepte von Recht und Freiheit, Profiteure der Demokratie, "deutsche" Mentalität, psychosoziale Disposition für Demokratie und deren Erosion im entfesselten Kapitalismus. Wer die Demokratiebereitschaft der Menschen erhöhen will, muss bereit sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

#### Wir fordern daher:

- Umgestaltung unseres Gesellschaftssystems zu einer echten Demokratie mit mehr direkter Mitbestimmung und basisdemokratischen Aktivitäten
- Ermöglichung transparenter Willensbildungsprozesse
- Ungleichheit per Lohntüte zu stoppen
- Einführung eines demokratischen Kontrollmechanismus, der reguliert, dass sich die Zusammensetzung der Führungselite an der Stärke der sozialen Klassen/Gruppen orientiert
- Unterstützung von Aktivitäten, die einen Wandlungsprozess in puncto deutsche Mentalität bewirken können: mehr Mut zum eigenen Urteil, weniger Untertanengeist! Altruismus statt Egoismus! Gemeinschaftssinn statt Individualismus!

### Lobbyismus

Die interessengeleitete Einflussnahme ist generell eine legitime Angelegenheit. Allerdings überschreitet der Lobbyismus in seinen gegenwärtigen Ausprägungsformen oft seinen ursprünglichen Zweck und wird zunehmend gefährlich.

#### Wir fordern daher:

- ein verpflichtendes Lobby- und Berater-Register ohne Untergrenzen und andere Ausnahmen
- Gespräche der Abgeordneten mit Lobbyisten sollen aufgezeichnet und im Internet veröffentlicht werden
- bei Gesetzen: Nennen der am Gesetz beteiligten Interessenverbände und Experten
- Anhebung des Strafmaßes und Ausweitung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung
- Verbot von Unternehmensspenden an Parteien und Deckelung von Privatspenden
- für Abgeordnete: strengere Regelungen für Nebentätigkeiten und Tätigkeiten vor und nach der Mandatszeit
- Einführung eines Entflechtungsrechts für Kartellbehörden, wie z.B. in den USA und Großbritannien
- Unabhängigkeit der Medien einschließlich einer unabhängigen demokratischen Instanz für Journalismus
- klare Auflagen für Parteispenden: starke Begrenzung derselben
- Beschränkung der externen Beratungskosten auf ein Minimum

### Potenziale des Themas Demokratie in Sammlungsbewegungen wie aufstehen

Die Sammlungsbewegung dient der Schaffung von mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und will den Individualisierungstendenzen entgegenwirken, die maßgeblich durch den Neoliberalismus verursacht wurden.

**Aufstehen** bietet die Chance, einen Ausgleich für die neu entstandene demokratische Macht-Imbalance durch den Überwachungsstaat zu schaffen und dafür u.a. Formen der basisdemokratischen Selbstorganisation unter Nutzung der Freiheiten des Vereinsrechts zu entfalten.

**Aufstehen** vereint Bürger und Bürgerinnen, die sich für einen demokratisch und sozial starken Staat einsetzen.

**Wir fordern daher:**

- Unterstützung von progressiven basisdemokratischen Initiativen
- Aufklärung über neue Tendenzen zum Überwachungsstaat
- Durchsetzung einer die Bürger schützenden Regulierung des Datenbesitzes und der Datenhoheit
- Vereinheitlichung der Cookie-Banner; der Button „nur notwendige Cookies“ muss zur Pflicht gemacht werden!

## Frieden & Abrüstung

Die derzeitige Kriegsgefahr in den unterschiedlichsten Regionen der Erde birgt die Gefahr der Auslöschung der Menschheit. Durch die einseitige Kündigung des ABM Vertrages (SALT - Verbot Raketenabwehrsysteme) 2002 seitens der USA entfielen die Kontrollmaßnahmen. Weitere Abrüstungs-, Rüstungsbegrenzungs- und friedenssichernde Maßnahmen wurden zunichte gemacht. Weitere Verträge wurden gekündigt bzw. sind ausgelaufen: 2002 der INF-Vertrag (Verbot Mittelstreckenraketen Europa), 2020 der Open Skies-Vertrag (gegenseitige Gestattung von Luftüberwachung). Das START-Vertragssystem (Reduzierung und Begrenzung strategischer Atomwaffenträgersysteme und Sprengköpfe) lief 2021 aus und wurde von Präsident Biden kurzfristig wieder verlängert.

Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen 2020 nach SIPRI fast 2 Bill. \$ (USA 778 Mill. \$, China 252 Mill. \$, Russland 61,7 Mill. \$). Auf die Nato entfallen insgesamt ca. 2/3 der weltweiten Ausgaben. Durch das NATO-Ziel, 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Rüstung und Militär auszugeben, werden die Ausgaben für Deutschland auf 70 Mrd. € steigen. Zum Vergleich: 2005 lagen sie bei 33 Mrd. € und 2020 hatte Deutschland mit 52,8 Mrd. € die weltweit höchste Steigerungsrate. Beim Rüstungsexport belegt Deutschland weltweit den 4. Platz.

Bereits jährlich 40 Mrd. \$ würden reichen, um den Hunger auf der Welt zu beseitigen und das Sterben von Millionen Kindern zu verhindern. Nicht nur das, die Gelder könnten auch sinnvollerweise für Klima- und Umweltschutz, Bildung, Gesundheit und Forschung zum Wohle aller Menschen verwendet werden.

Die einseitige und unvollständige mediale Berichterstattung mit ihrem Russland- und Chinabashing und offenem Aufruf zu militärischem Handeln kommt einer Kriegsvorbereitung gleich. Ein neuer, vorherrschender Sprachstil ist zur Normalität geworden: Worte wie „Aufrüstung“ für zivile technische Erweiterungen, „Krieg“ für die Bekämpfung eines Virus sind Zeichen der Militarisierung des Denkens bei gleichzeitiger Verharmlosung eines tatsächlichen Krieges. Eine Umkehr zu Frieden, Abrüstung und Diplomatie unter gegenseitiger Interessenabwägung anstatt einer Politik der Stärke, der militärischen Eskalation, des Säbelrasselns und wirtschaftlicher Sanktionen ist notwendig.

Die Sammlungsbewegung **aufstehen** arbeitet mit allen Friedensinitiativen zusammen, um eine schrittweise Militarisierung unserer Gesellschaft zu verhindern und eine tatsächlich unabhängige und friedensstiftende Presse als „4. Gewalt“ zu etablieren.

**Wir fordern daher:**

- Deutschland steht zukünftig für Frieden und gegen militärische Einsätze und Waffenexporte in Krisengebieten; Hilfe und Unterstützung in Form von THW-Einsätzen zum Wiederaufbau in Krisengebieten wird geleistet.
- Deutschland setzt seine diplomatische Kompetenz zur Friedenserhaltung und -schaffung unter Wahrung des UN-Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein.
- keine Massenvernichtungswaffen auf deutschem Boden, keine Einsätze (z.B. Drohnen) oder Unterstützungsleistungen für völkerrechtswidrige Maßnahmen
- Schließung der ausländischen Truppenstandorte und Logistikzentren
- Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag
- Kontinuierliche Reduzierung der Rüstungsausgaben
- Stopp von Rüstungsexporten und Erarbeitung eines Programms zur Konversion der Rüstungsindustrie mit Schwerpunkt auf Umwelttechnik und Entwicklungshilfe
- Austritt aus internationalen Organisationen, die diesen Forderungen widersprechen, mit dem Ziel der Auflösung aller Militärorganisationen und Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit
- Ächtung der medialen Kriegsvorbereitung und des militarisierenden Sprachgebrauchs sowie des damit einhergehenden Rassismus.



## Wirtschaft & Finanzen

Die Bundesrepublik Deutschland hat das viertgrößte BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Welt und ist damit eines der reichsten Länder. Beim Vergleich der Medianeinkommen (Einkommen, bei dem genau 50 % der Bevölkerung weniger und 50 % mehr verdienen als der Durchschnitt) zeigt sich, dass Deutschland mit 1.869,00 € monatlichem Nettolohnmedian pro Person weit hinter der Schweiz, Österreich, Dänemark und Luxemburg liegt und der Trend wegen zu geringer Lohnsteigerungen weiter abwärts geht.

Deutschland ist ein Niedriglohnland mit seit Jahren sinkender Kaufkraft. In der Folge hat sich seit vielen Jahren die Expansionsmöglichkeit der Industrie im Export mit noch größerem Druck auf die Löhne und Gehälter ausgewirkt. Unser Ziel ist, diesen Trend des „Lohnverzichts“ für die Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik endlich umzukehren. Wir haben uns deshalb mit vier Themen intensiv befasst.

### Sind höhere Löhne und Gehälter gut oder schädlich für die Binnenwirtschaft?

**DIE LÖHNE  
IN DER  
BUNDESREPUBLIK  
MÜSSEN RAUF!**

Steigende Löhne und Gehälter sichern die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt, stärken die Nachfrage und ermöglichen sichere Arbeitsplätze. Höhere Lohnkosten verringern allerdings die Exportchancen der heimischen Industrie. Das ist aber zunächst nicht schlimm, denn die steigenden Lohnkosten erhöhen den Druck zur Rationalisierung und damit auch zur Produktivitätssteigerung und zu weiteren Investitionen, die in den letzten Jahren immer mehr stagnierten.

Die volkswirtschaftlich neutrale Erhöhung der Einkommen wird in entwickelten Volkswirtschaften mit der Goldenen Lohnregel (Rate der Lohnerhöhungen = Rate des Produktivitätszuwachses plus angestrebte Zielinflationsrate) bestimmt. Beim Vergleich der nominellen Werte zu den tatsächlichen Werten im Zeitraum 2000 bis 2012 hätte die nominelle Lohnsteigerung nach der Goldenen Lohnregel durchschnittlich 40,6 % betragen müssen. Sie betrug tatsächlich aber nur 26,3 %. Wir haben damit heute bereits ein Lohn-Defizit von ca. 15 %, bezogen auf unser Leistungsvermögen.

Besondere Verantwortung zur Verbesserung der nationalen Lohnentwicklung hat der staatliche Produktionssektor, beginnend mit einem vertretbaren ALG II (Hartz 4) von 1.200,- € und einem wirklich tragfähigen Mindestlohn von 1.900,- €.

Soll sich die „Umverteilung“ über die Einkommens- bzw. Lohnsteuer nicht von einer progressiven in eine regressive verwandeln, ist eine neue Aufteilung der Sozialabgaben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzufordern. Mit der Aufhebung der Deckelung höherer Einkommen bei den Sozialabgaben würde die ungerechte Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmerschaft gestoppt werden. Eine Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Einführung einer „Luxussteuer“ würden die unteren und mittleren Einkommen zusätzlich entlasten.

#### Wir fordern daher:

- die Senkung der Steuern für Geringverdiener und eine angemessene Erhöhung für Großverdiener
- eine Anhebung des Steuerfreibetrags auf die kleineren Bezüge und Renten auf 1.200,- € bei einem Einstiegssteuersatz von 7%
- Entlastung der mittleren Einkommen durch eine langsam ansteigende Steuerprogression
- eine neue Aufteilung der Sozialabgaben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze
- die Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Einführung einer „Luxussteuer“.

### Wie tragen höhere Steuern zur Staatsfinanzierung bei?

Über Steuern allein lässt sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht schließen. Hohe Steuern für „Besserverdiener“ entziehen diesen nur Kaufkraft und reduzieren ihren Machteinfluss auf die Wirtschaft. Neue Lösungsansätze sind nötig: Unser Geld wird von den staatlichen Zentralbanken souveräner Staaten erzeugt, um den Wirtschaftskreislauf in Gang zu halten und die Volkswirtschaft allseitig zu entwickeln; der Wert dieses Geldes ist durch das damit erzeugte BIP gesichert. Die Parteien müssen endlich dafür Sorge tragen, dass die Staatsausgaben der Entwicklung der Gesellschaft dienen.

#### Wir fordern daher:

- Einführung einer Reichensteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer
- Staatsausgaben sollen schwerpunktmäßig eingesetzt werden für: Ökologie, Wissenschaft, Bildung, Gesundheitssystem, Innovationsförderung, Sicherung/Ausbau der Infrastruktur und Bekämpfung von Armut und Elend.

### Was ist Geld und was bedeutet die Nutzung des heutigen modernen Geldes zur Finanzierung des Staates?

Wir wissen, dass die notwendigen Staatsausgaben nicht gedeckelt sind durch die Steuereinnahmen und dass höhere Staatsausgaben bei entsprechender BIP-Deckung keine später zurück zu zahlenden Staatsschulden sind. Ein solventer Staat kann sich in seiner Währung nicht verschulden und erst recht nicht überschulden! Der oft bemühte und simpel klingende Vergleich zwischen den Ausgaben des Staates und denen privater Haushalte (Stichwort „schwäbische Hausfrau“) ist eine bewusste neoliberale Irreführung, denn der Staat erzeugt das Geld als sein Rechtsmittel quasi unbegrenzt und Schulden sind für ihn kein Stabilitätsrisiko, sondern ein mögliches Instrument der Wirtschaftsförderung.

#### Wir fordern daher:

- Aufhebung des Diktats der "Schwarzen Null" im Staatshaushalt

### Brauchen wir wirklich stetiges Wachstum bei ständig steigender Arbeitsproduktivität?

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren wirtschaftlich nicht mehr weiterentwickelt und fällt im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften, wie der Schweiz, China, Südkorea und USA, zurück.

Nur durch einen ökonomischen, ökologischen und kulturellen Transformationsprozess können wir der „Klimakrise“ begegnen und unsere Volkswirtschaft konsequent modernisieren. Für deren Entwicklung spielen neue wissenschaftliche Erkenntnisse eine immer größere Rolle. Es ist Aufgabe des Staates, die Forschung für entsprechende Wirtschaftszweige zu fördern und die Finanzierung zu gewährleisten. Hierfür müssen die politischen Rahmenbedingungen neu und radikal gesetzt werden.

WIR WOLLEN  
BROT, ABER WIR  
WOLLEN ROSEN  
DAZU!

Es geht darum, dass unsere Gesellschaft einer ökologischen und makroökonomischen Katastrophe entgeht. Dafür braucht es sozial-ökologische Transformationsstrategien, die unsere Sozial- und Finanzsysteme aufrechterhalten.

#### Wir fordern daher:

- Maßstab für staatliche Hilfen muss die Einhaltung von Vorgaben zur Rettung von Klima und Umwelt sein.
- Vorrangig durchgesetzt werden müssen demokratische Prinzipien wie Mitbestimmung und Beteiligung am produzierten Mehrwert.
- Alle Maßnahmen müssen auf ein menschenwürdiges und solidarisches Miteinander gerichtet sein.

## Arbeit & Soziales

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter geöffnet. Durch die geringen Löhne und Gehälter sowie die unzulänglichen soziale Sicherungssysteme leben immer mehr Menschen in Deutschland in prekären Verhältnissen.

### Hartz IV

Hartz IV verstößt gegen die Menschenwürde und macht ein gesundes Leben quasi unmöglich.

#### Wir fordern daher:

- Umbenennung von Hartz IV in Grundabsicherung
- Regelsätze gemäß repräsentativem Warenkorb anheben (Kosten für Internet, Strom, Telefon etc. inkludieren)
- Regelsätze jährlich anpassen gemäß Preisentwicklung
- Wohnkosten realistisch bestimmen: als Maßstab dient der mittlere Wert des Mietenspiegels
- Sanktionen abschaffen, ein Existenzminimum darf nicht unterschritten werden
- Erhöhung der Beträge anrechnungsfreier Hinzuverdienste und des Schonvermögens.

### Grundeinkommen

Die Einführung eines Grundeinkommens würde die Sozialämter durch den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung entlasten. Die materielle Existenz der Bürger wäre auf einem elementaren Niveau gesichert und eine soziale Teilhabe möglich. Zudem würde der entstehende Freiraum dem Einzelnen die Möglichkeit bieten, sein Entfaltungspotential zu nutzen und eine monetäre Wertschätzung gesellschaftlich relevanter Leistungen (Erziehung, häusliche Pflege etc.) zu erfahren.

#### Wir fordern daher mittel- bis langfristig:

- Hartz IV abschaffen
- Einführung eines Grundeinkommens: die Antragstellung beim Amt und die Bedürftigkeitsprüfung entfallen
- automatische Auszahlung
- Höhe des Einkommens gemäß Empfehlung der Wohlfahrtsverbände
- Finanzierung des Grundeinkommens durch eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen.

## Armut

Die stetig steigende Armut in Deutschland zeugt von der Ignoranz der Regierung. Sie hat es versäumt, schon frühzeitig gegenzusteuern. Betroffen sind die unteren 70 % der Bevölkerung (Kinder, Arbeitnehmer und Rentner). Jedes vierte Kind ist von Armut bedroht. 24 % der Kinder haben keinen internetfähigen PC, 13 % haben wegen der beengten Wohnverhältnisse keinen ruhigen Platz zum Lernen.

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 917,- € im Monat. Als arm gilt, wer weniger als diesen Betrag zur Verfügung hat. Bei einer Vollzeittätigkeit wäre ein Lohn von 13,- bis 14,- € pro Stunde notwendig, damit man am Ende des Lebens über den Grundsicherungssatz von aktuell 399,- € kommt.

### Wir fordern daher:

- eine Grundsicherung für Kinder in prekären Situationen
- ein Grundeinkommen für armutsgefährdete Personen von mindestens 1.200,- €
- einen Mindeststundenlohn von aktuell 20,11 €, um eine Altersrente von netto ca. 1.100 € erreichen zu können
- die Erhöhung der Grundsicherung für Rentner
- die Streichung des Progressionsvorbehalts für Kurzarbeit
- die Finanzierung dieser Leistungen durch z.B. Kürzung der Rüstungsausgaben, einen gestaffelten Spitzensteuersatz für hohe Einkommen sowie durch die Einführung einer Vermögenssteuer.

## Rente

Unser derzeitiges Rentensystem verursacht weiterhin Altersarmut. Ursache sind vor allem die viel zu geringen Mindestlöhne.

### Wir fordern daher:

- Lohnsteigerungen, um eine leistungsgerechte Rente zu sichern
- Verbeitragung aller Einkommen
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- freiwillige Zusatzbeiträge in Phasen mit hohem Einkommen (ähnlich dem Rückkauf von Rentenabschlägen)
- Reform der Arbeitslosen- und Rentenversicherung
- Rentenfaktor anheben
- Rentensystem erneuern

### Wir unterstützen die Forderungen der IG Metall:

- Zeiten mit Geringverdienst müssen unbegrenzt um das 1,5-fache und höchstens auf 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aufgewertet werden.
- Beiträge für Langzeitarbeitslose sollen wieder in die Rentenkasse entrichtet werden und Ausfallzeiten, z.B. für Kindererziehung, sollen stärker berücksichtigt werden.
- Die Grundsicherung soll angehoben und ein Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten soll bei der Einkommensanrechnung eingeführt werden.
- Angestrebt wird die Umwandlung der gesetzlichen Rente in eine **solidarische Erwerbstätigenversicherung**, in der auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier pflichtversichert sind. (Quelle IG Metall)

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Mängel in der Daseinsfürsorge unserer Gesellschaft betreffen u.a. unverhältnismäßige Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen, unbezahlbaren Wohnraum, miserable Schulausstattungen, Ausdünnung des Nahverkehrs und Verkehrschaos in den Städten, schlechte Bezahlung in systemrelevanten Berufen mit der Folge eines erhöhten Personalmangels. Es fehlen etwa 1 Mio. Arbeitskräfte in öffentlichen Bereichen.

Beispiel Gesundheitswesen: Die verstärkte Profitorientierung der Krankenhäuser nach Einführung der Fallkostenpauschale führte zu unverhältnismäßig vielen unnötigen Operationen. Die kleinteilig abzurechnenden Leistungen im Bereich pflegerischer Fürsorge erschweren eine bedarfsgerechte Versorgung oder machen sie gar unmöglich.

Die These „Der Markt kann es richten“ ist gescheitert. Konkurrenzdruck am Markt, betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Kostendruck und Gewinnabführung an die Anteilseigner widersprechen der bedarfsorientierten und dem Gemeinwohl verpflichteten Versorgung der Gesellschaft mit lebensnotwendigen Leistungen.

Unabdingbar ist eine neue Art des Wirtschaftens, auch in der sozialen Infrastruktur.

### Wir fordern daher:

- Alle Bereiche der Grundversorgung müssen dem Markt entzogen und öffentlicher Daseinsvorsorge zugeführt werden; die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln.
- Ausgangspunkt für die Bemessung von Leistungen müssen die tatsächlichen Bedarfe sein und nicht Kostengesichtspunkte.



- Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden.
- Die Infrastruktur muss gesichert und ausgebaut werden, speziell auch im Nahverkehr.
- Ein kostenfreier Zugang zu öffentlichen Leistungen ist anzustreben.

## Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wohnen wird immer unerschwinglicher! Preissteigerungen von über 100% in den letzten 10 Jahren und ein Anteil von 30% teilweise bis zu 50% am Haushaltseinkommen können sich in Ballungszentren immer weniger Menschen leisten und ihnen droht die Verdrängung aus den Städten. Auf der anderen Seite werden Wohnungen im großen Stil zu Spekulation und Gewinnmaximierung missbraucht! Ohne Eingriffe in die Verfügungsspielräume großer privater Investoren zum Schutz von Mieterinteressen wird es nicht gehen: Wir brauchen deshalb

### Mieterschutz

Wir unterstützen alle Forderungen zum Mieterschutz! Einen Mietestopp hat es bundesweit bis 1955 gegeben, Mietpreisbegrenzungen in Berlin bis 1988. Sie sind im deutschen Rechtssystem also nichts Neues.

#### Wir fordern daher:

- Bundesweiter Mietendeckel ohne Schlupflöcher
- Verbot spekulativer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Begrenzung von Grundsteuer-, Modernisierungs- und CO2-Preis-Umlagen auf die Mieter

### Daseinsvorsorge

Die Privatisierung großer Wohnungsbestände hat nicht zur Versorgung mit ausreichendem bezahlbarem Wohnraum beigetragen – besonders nicht für die ärmeren Teile der Bevölkerung. Die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen wurde bundesweit 1989 abgeschafft. Wohnkonzerne konnten ungehindert Profite erwirtschaften.

Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. In Wien hält die Kommune einen Marktanteil von 60%, was bezahlbare Mieten dort möglich macht! In Berlin liegt der Marktanteil der Kommune lediglich bei 30%.

#### Wir fordern daher:

- Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne und Übernahme in demokratische Verwaltung
- Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen

### Wohnungsneubau

Um die Wohnungsnot zu beseitigen, braucht es den Neubau bezahlbarer Wohnungen. Große Teile des derzeitigen Neubaus, vor allem in den großen Städten, sind für viele Menschen nicht finanzierbar.

Deshalb brauchen wir den Einsatz öffentlicher Mittel für einen kommunalen Wohnungsneubau, der sich am Bedarf vieler orientiert und den durch Mangel an Wohnraum entstehenden Preisdruck begrenzt.

#### Wir fordern daher:

- Kommunaler Wohnungsneubau
- Wohnungsneubau-Offensive der öffentlichen Hände!
- Sozialer Wohnungsbau mit nachhaltiger Mietpreisbindung

### Spekulation und Leerstand

Der gegenwärtig enthemmte Wohnungsmarkt erlaubt Eignern leistungslose Einkommen zum Schaden der Allgemeinheit und fördert Leerstände aus spekulativen Gründen. Um dies zu unterbinden, braucht es geeignete gesetzliche Regelungen!

#### Wir fordern daher:

- Ende von Spekulation und Leerstand!
- Vermietungspflicht zur Abwehr von Wohnungsleerständen und Bebauungsgebot
- Pflicht der öffentlichen Hand, ihr Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand an Grund und Boden zu nutzen

**Hinweis: Dieses Arbeitspapier dokumentiert den gegenwärtigen Diskussionsstand und wird regelmäßig fortgeschrieben.**